

Koalitionsvertrag in Oranienburg unterschrieben – SPD und CDU besiegeln Zusammenarbeit

Mehr als ein halbes Jahr nach der Kreistagswahl haben SPD und CDU am Mittwoch den Koalitionsvertrag unterzeichnet, um den sie so lange gerungen hatten. Ab sofort könnten die wesentlichen Ziele beider Parteien umgesetzt werden

Oranienburg. Mehr als ein halbes Jahr nach der Kreistagswahl haben SPD und CDU am Mittwoch den Koalitionsvertrag unterzeichnet, um den sie so lange gerungen hatten. Ab sofort könnten die wesentlichen Ziele beider Parteien umgesetzt werden, hieß es unisono, nachdem die Parteichefs Frank Bommert (CDU) und Andreas Suhr (SPD) sowie Gransees Amtsdirektor Frank Stege (CDU) und SPD-Fraktionschef Andreas Noack ihre Unterschrift unter das achtseitige Papier gesetzt hatten. Angestoßen wurde mit dunkelrotem Krimsekt. „Bei dem zählt die Farbe, nicht die Herkunft“, sagte Suhr. Der Sekt sei mehr schwarz als rot, merkte Bommert an.

Der Schwerpunkt des Vertrags zur Fortsetzung der Zusammenarbeit liegt auf Bildung und Wohnungsbau. Bis zu 40 Millionen Euro soll Oberhavel in den kommenden fünf Jahren investieren. Erstmals wird der Kreis als Bauherr von Wohnungen auftreten, um im Süden Oberhavels dringend benötigte kleine, günstige Wohnungen auf den Markt zu bringen.

Damit soll ein zentrales Wahlkampfversprechen der SPD umgesetzt werden. „Bis zu“ 20 Millionen Euro sollen der Oberhavel Holding dafür zur Verfügung gestellt werden. Dadurch werde auch die Wirtschaft angekurbelt, sagte der Mittelständler Bommert. Auch in die Schulen sollen weitere 20 Millionen Euro investiert werden. Der CDU ist vor allem das Bekenntnis zum OSZ-Standort in Zehdenick wichtig.

Frank Stege hob zudem hervor, dass man die ärztliche Versorgung im Kreis sichern werde. Laut Koalitionsvertrag gehören dazu auch ambulante Angebote. Die CDU setzte sich zudem mit der Beibehaltung der eigenständigen Wirtschaftsförderung Winto sowie einer Aufstockung der Sportförderung um 200.000 Euro auf 600.000 Euro durch.

Beide Seiten betonten am Mittwoch die erfolgreiche Zusammenarbeit der Vergangenheit. Daher soll laut Vertrag in vielen Bereichen am Status Quo festgehalten werden. Oberhavel soll liquide und schuldenfrei bleiben. Der ausgeglichene Haushalt ist Pflicht. Die vergleichsweise niedrige Kreisumlage soll nicht erhöht (und auch nicht gesenkt), aber auch nicht differenziert werden. Das heißt, für alle Kommunen gilt derselbe Hebesatz, der derzeit bei 35,7 Prozent und damit deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Geregelt werden auch personelle Fragen. Wegen des plötzlichen Abgangs von Karl-Heinz Schröter – der langjährige Landrat von Oberhavel übernahm das Amt des Innenministers – hatte die SPD den Vertrag kurzzeitig zurückgezogen. Nun bleibt es beim Verhandlungsergebnis. Danach werden die Beigeordnetenposten unter den beiden Parteien aufgeteilt.

Einige wichtige Sätze finden sich schon im Vorwort. Demokratische Netzwerke und lokale Bündnisse sollen unterstützt, Vorschläge und Fragen von Einwohnern in Entscheidungen einbezogen werden. Beides hatte SPD-Fraktionschef Andreas Noack in der Oktober-Sitzung des Kreistages noch vermissen lassen. Fragen der Initiative „Willkommen in Oberhavel“, unter anderem zum Krankenscheinsystem für Asylbewerber, tat er als „lebenszeitraubend“ ab. Ab sofort wäre das ein klarer Verstoß gegen den Koalitionsvertrag.